Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
2. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Naturschutz und Landschaftspflege und des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.12.2002
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesende: s. Anhang

Öffentlicher Teil

TOP 1 IVU Gutachten zur B 101 (2. Teil)
und Auswirkungen auf den Flächennutzungsplan

Protokoll:

Da sich die Ankunft des Vertreters der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung etwas verzögert, beginnt die Sitzung mit dem zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Bericht aus dem Bezirksamt“.

zu 0 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Stäglin berichtet über ein am Vortag geführtes Gespräch mit einem Interessenten zum Thema "Nachnutzung des Wasserwerks Riemeisterfenn", das nach dem Fall der Mauer nicht mehr zur Versorgung der (West-) Berliner Bevölkeung benötigt wird. Da für die Berliner Wasserwerke ein Abriss aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommt, erwägen sie als künftige Nutzungsmöglichkeiten
a) die Fortsetzung der bisherigen Wohnnutzung (wäre nicht ausgeschlossen)
b) die Einrichtung einer Waldgaststätte (brächte Verkehr mit sich)
c) die Nutzung als Veranstaltungsort (hier wäre mit Druck zu rechnen, den Ort besser zu erschließen, z.B. durch eine Beleuchtung im Wald).

BzStR Stäglin erklärt, das Amt habe signalisiert, dass es die ersten beiden Möglichkeiten für machbar, die dritte jedoch für problematisch halte; auf einen Test könne man sich jedoch einlassen.

Die Fraktion der CDU bittet BzStR Stäglin, in der nächsten Sitzung weitere Informationen zu liefern und zudem keine Entscheidungen ohne eine vorherige Unterrichtung des Ausschusses zu treffen.

Die Fraktion der SPD bittet ebenfalls um weitere Informationen, hält jedoch grundsätzlich einen Rückbau der Gebäude und eine Rückumwandlung in Wald für möglich.

zu 1 IVU Gutachten zur B 101 (2. Teil)
und Auswirkungen auf den Flächennutzungsplan

BzStR Stäglin begrüßt als Gäste Herrn Wohlfahrt von Alm von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Herrn Voigt von der IVU. Er erklärt, da der Textteil des Gutachtens noch fehle, könne das Amt noch keine Stellungnahme dazu abgeben. Gezeigt und erläutert werden können in dieser Ausschusssitzung daher lediglich die Folien, die den Fraktionen im Vorab zu ihrer Information als Kopien zugegangen waren. Eine Informationsveranstaltung für Bürger sei im Übrigen für Anfang 2003 geplant.

Herr Voigt von der IVU erläutert anhand der Folien die verschiedenen Szenarien und Prognosen zur Stadtentwicklung bis 2015 bzw. 2030 sowie deren Bedeutung für die B 101. *(Anmerkung zum Protokoll: Da Herr Voigt die Texte de über 40 Folien größtenteils wörtlich wiedergibt bzw. die Tabellen in Worte fasst, sei im Detail auf die den Ausschussmitgliedern vorliegenden Kopien der Folien verwiesen.)*

Laut IVU und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sei das Ergebnis aller Szenarien gewesen, dass eine neue vierspurige Trasse der B 101 durch Lankwitz keine eindeutig positiven Folgen hätte. Die Entlastung in einem Bereich zöge eine Belastung in einem anderen nach sich. Selbst ein Tunnel würde nicht nur dem besseren Verkehrsfluss dienen, sondern aus dem weiteren Umkreis Verkehr anziehen. Auch hinsichtlich der Lärmbelastung würden zwar 60 Prozent der Anwohner profitieren, für 40 Prozent wäre es aber eine Verschlechterung. Hinzu kämen erhebliche finanzielle Aufwendungen bei dem Bauvorhaben.

Auf Bitten der Fraktion der CDU erläutert Herr Voigt, aufgrund welcher Kriterien und Vergleichbarkeiten die der Studie zu Grunde liegende Bevölkerungsentwicklung in Berlin und Brandenburg für die nächsten drei Jahrzehnte prognostiziert wurde. Die Fraktion der CDU bittet um eine genauere Nachlieferung dieser Daten sowie der Stromanalyse für die Leonorenstraße. Herr Voigt bejaht die Frage der CDU-Fraktion, ob die Ost-Erweiterung der EU in den Szenarien berücksichtigt sei.

Der Ausschuss erörtert die Situation, dass aufgrund der gleichen Strukturdaten von Brandenburg die B 101 bis zur Landesgrenze vierspurig ausgebaut wird, in Berlin jedoch nicht in jedem Fall eine Notwendigkeit dafür gesehen wird. Herr Voigt erklärt, wie immer man dies bewerten möge, man habe mit der Situation fertig zu werden, dass demnächst Verkehr auf einer vierspurigen Straße bis an die Landesgrenze fließen wird.

Die Fraktion de CDU erklärt, das Ergebnis der Studie sei, dass bei einem Ausbau der B 101 die Belastung der Bevölkerung zunehmen werde. BzStR Stäglin erklärt, ein Ergebnis der Studie sei, dass nicht die langfristige Verkehrsentwicklung (2015 - 2030) problematisch sei, sondern die kurzfristige, wenn die B 101 in Brandenburg bis an die Landesgrenze vierspurig herangeführt wird, ohne auf Berliner Gebiet eine Entsprechung zu haben. Die Fraktion der FDP bezweifelt die dem Gutachten zugrunde liegenden Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung. Diese seien so vage, dass ein Verzicht auf die Trasse daraus nicht ableitbar sei. Die engen Straßen würden zudem durch einen Tunnel entlastet werden. Die Fraktion der SPD bittet um genauere Informationen zu den verschiedenen Varianten. Herr Wohlfahrt von Alm erklärt, eine ältere Schätzung (von 1998) veranschlage für Null-Variante entsprechend geringe Kosten, für die ebenerdige Variante 56 Millionen DM und für die Tunnellösung 281 Millionen DM.

Auf die Frage der CDU-Fraktion, ob der Bund in irgendeiner Weise bereit sei, sich an dem Ausbau der Bundesstraße B 101 zu beteiligen, erklärt Herr Wohlfahrt von Alm, die Straße heiße lediglich B 101; eine Bundesfinanzierung sei in dem besprochenen Bereich aber weder erwogen noch angeboten worden.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass man nur einen Entwurf vorliegen habe und fragt, wann dieser durch ein endgültiges Gutachten substantiiert wird. Herr Wohlfahrt von Alm erklärt, der Abschlussbericht werde Ende des Jahres vorliegen und den Bezirksverordneten zugehen; für Februar/März 2003 sei die öffentliche Auslegung der Pläne vorgesehen, und im Herbst 2003 sei ein Beschluss möglich.

Die CDU-Fraktion kritisiert den Umgang der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit der Bürgerbeteiligung bei diesem Projekt als kaltschnäuzig und verlangt eine erneute frühzeitige Bürgerbeteiligung.

BzStR Stäglin verweist auf die Gefahr, dass es in Berlin kein Anschlussstück zur vierspurigen B 101 in Brandenburg geben wird und kritisiert, dass die Unterlagen von Seiten des Senats zu spät vorgelegt wurden, um Bezirksamt und Bevölkerung stärker in die Planung mit einbeziehen zu können. Er erwarte bei den weiteren Planungen mehr Informationen und eine stärkere Mitwirkung des Bezirks.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Dreyer
Vorsitzender

Martienßen